

Gemeinden jammern oft zu Unrecht

Der Kanton hat in den letzten fünf Jahren tatsächlich Kosten abgewälzt. Aber noch stärker hat er die Gemeinden entlastet. Trotzdem leiden sie – unter versteckten Kostenzwängen.

Von Roger Keller

Zürich. – Neue Gesetze, Reglemente, Auflagen und Vorschriften – auf die 171 Zürcher Gemeinden prasselt seit einiger Zeit allerhand ein. Der Bund, die Gerichte und der Kanton geben den Takt an, die Gemeinden müssen spüren. Immer unvermittelter. Als Letzte trifft es sie oft am direktesten. Und sie müssen Aufgaben und Kosten übernehmen, die Bund und Kanton sparen bzw. abschieben. Dabei soll alles, auch in kleinen Gemeinden, immer professioneller werden, weil das auch die Bevölkerung verlangt. – So jedenfalls empfinden es die Behörden und Verwaltungen der Gemeinden.

Notter: «Regierung bestätigt»

Thomas Vogel (FDP) und Esther Hildebrand (Grüne) haben daher im Sommer 2003 eine Interpellation eingereicht und «mehr Transparenz» verlangt. Die beiden Kantonsratsmitglieder aus Illnau-Effretikon wollten vom Regierungsrat wissen, welche Lasten der Kanton von 1999 bis 2003 auf die Gemeinden abgewälzt hat. Die Antwort war verblüffend: Die Regierung wusste es nicht genau, stellte weitere Abklärungen in Aussicht und kam auf Grund einer Umfrage bei den Direktionen aber doch zum Schluss, von einer systematischen Lastenverschiebung könne keine Rede sein. Im Gegenteil: Unter dem Strich habe der Kanton die Gemeinden – noch ohne den Lastenausgleich für Zürich – um 5,6 Millionen Franken entlastet. Die Re-

gierung kam auf nur sechs Belastungen (v. a. Arbeitslosenhilfe und Fördermassnahmen für fremdsprachige Schüler). Hingegen habe allein die höhere Ausschöpfung der Beiträge zur Verbilligung der Krankenkassenprämien mit einer Entlastung von 55 Millionen eingeschenkt.

Dieses Fazit empörte viele Gemeindevertreter erst recht. Sie bezweifelten die Aussage und wussten von weit mehr Kostenverlagerungen. Regierungsrat Markus Notter (SP) beauftragte daher den Zürcher Sozialwissenschaftler Charles Landert mit einer Studie, die die Zahlen überprüfen und vertiefen sollte. Gestern haben Notter und Landert die Studie vorgestellt. Fazit: «Die Aussagen des Regierungsrates wurden im Wesentlichen bestätigt. Es gibt im Kanton Zürich keine systematische Verlagerung von Kosten auf die Gemeinden», sagte Notter.

Landert bezifferte die Entlastung der Gemeinden etwas tiefer: 38,7 Millionen. Allerdings zeigte er auch auf, dass die Ent-

lastung dieser fünf Jahre schon ab 2004 auf Grund des Sanierungsprogramms 04 wieder zunichte gemacht wird: Die Verlagerung vom Kanton auf die Gemeinden wird sich auf rund 50 Millionen belaufen. Notter: «Gemessen am Gesamtvolumen der Gemeindehaushalte von 13 Milliarden Franken ist dies kein relevantes Ausmass.»

Landert erhielt zwei lange Listen von Fällen, die der Gemeindepräsidentenverband als Lastenverschiebung wahrnimmt. Ähnliche Listen erhielt Landert aus Illnau-Effretikon, Uster, Zürich und Winterthur. Zudem sprach er mit den Finanzfachleuten von Bäretswil, Wald und Kloten. Damit kam ein Katalog von 92 Aufgaben- und Lastenverschiebungen zusammen. Dabei zeigte sich, dass die Definition heikel ist: Der Kanton akzeptiert nur klare Abtretungen von Aufgaben oder Kosten – die Gemeinden schliessen auch indirekte Effekte von kantonalen Massnahmen ein.

Landerts Katalog wurde bei näherer Überprüfung aber rasch kürzer: Von den

92 Positionen betrafen 18 den Zeitraum vor 1999 und 30 sind erst ab 2004 wirksam. In 6 Fällen war nicht der Kanton, sondern der Bund oder ein Gericht der Auslöser. Blieben 44 Positionen. Davon führten 4 tatsächlich zu einer Belastung der Gemeinden, 2 belasteten sie nur marginal, 4 waren kostenneutral, 3 entlasteten die Gemeinden, die übrigen nicht plausibel, nicht ausgewiesen oder nicht relevant.

Verständnis für die Gemeinden

Dennoch warb Landert um Verständnis für die Gemeinden: «Vieles, was sie als Lastenverschiebung wahrnehmen, betrifft Komforteinbussen.» Wenn der Kanton aus Spargründen etwa die Beleuchtung der Hauptstrassen löscht, sind die Gemeinden zwar nicht verpflichtet, in die Bresche zu springen, aber sie stehen unter Druck ihrer Bevölkerung. «Wenn es um heikle Bereiche wie die Sicherheit geht, ist der Spielraum der Gemeinden tatsächlich klein.»

Im Gespräch habe es sich gezeigt, dass die Gemeinden oft unter einer Vielzahl von kleinen Mehrbelastungen litten, die sich summieren. Zu schaffen machten den Gemeinden auch die Kosten von «schleichend vordringenden informellen Standards»: Landert zählt dazu Versuche wie die Teilautonome Schule, die Schulsozialarbeit, Krippen oder die Grundstufe. Oft seien Modellversuche zum Nulltarif zu haben, und die Gemeinden realisierten erst nach Versuchsablauf, was sie dies kostete.

Landert kam deshalb zum Schluss, dass sowohl der Kanton als auch die Gemeinden mit ihren unterschiedlichen Wahrnehmungen und Definitionen «Recht haben». Bei den Gemeinden seien in letzter Zeit besonders viele Veränderungen zusammen gekommen, und sie seien im Kantonsrat nominell zwar gut, faktisch aber schlecht vertreten, weil dort «die Parteienlogik» eine immer grössere Rolle spiele. Landert: «Daher ist ein gewisser Unmut nachvollziehbar.»

Die Eile hat einen einfachen Grund: Wird die Lohnkürzung im September geschlossen, so kann das Personalamt dem 1. Oktober die Änderungskündigungen verschicken. Das wiederum bedeutet, dass allen Angestellten mit dreimonatiger Kündigungsfrist schon auf 1. Januar 2004 der Lohn gekürzt werden könnte. Für Angestellten mit mehr als zehn Dienstjahren und halbjährlicher Kündigungsfrist wäre dies auf den 1. April möglich. Für die Entscheidung erst bei der Budgetberatung im Dezember, würde sich der ganze Zeitplan um mindestens drei Monate verschieben. Ergreift aber jemand das Referendum und kommt es zu einer Volksabstimmung, so ist dieser Zeitvorsprung hinweg. VPOD-Sekretär und SP-Kanton Jorgé Serra wirkte an einer gut besuchten Protestversammlung des städtischen Personals am Donnerstag (TA vom Freitag) eher beschwichtigend. Auch das Personal müsse bei der prekären städtischen Finanzlage ein Opfer bringen, findet Gleichwohl sind er und die Angestellten mit der dreiprozentigen Lohnkürzung alle nicht einverstanden. Zum einen sind sie, dass das Personal viel mehr zur Gestaltung beitragen soll als alle Winterthurer Steuerzahler zusammen. Drei Lohnprozente machen 8,4 Millionen Franken, drei Steuerprozente 5,4 Millionen.

Statt Geld zusätzliche Freitage

Ebenso missfällt den Angestellten, dass langjährig Beschäftigte besser wegkommen sollen als die anderen. Sie schlagen deshalb Alternativen vor. So soll die Lohnkürzung degressiv ausgestaltet sein: Über 60-Jährige müssten mehr als drei Prozent Reduktion in Kauf nehmen, Leute in mittleren Lohnklassen drei Prozent und solche in den tiefen weniger oder gar keine. C. man könnte Löhne unter 6000 Franken von der Kürzung ausnehmen. Ferner verlangen die Angestellten die Kompensation des Lohnausfalls durch zusätzliche Freitage: «Erkaufte Arbeitszeitreduktion nennt das Jorgé Serra.

Ferner fordert der Verband des städtischen Personals ein nochmaliges Gespräch mit dem Stadtrat vor dem nächsten Mittwoch. Ob diese Forderung in knappen Zeit erfüllt wird, war gestern Freitag unklar. Weder Finanzvorsteher Verena Gick (FDP) noch Stadtpräsident Ernst Wohlwend (SP) waren erreichbar.

Kontaktgremium für Gemeinden

Zürich. – Markus Notter räumte gestern ein, die Studie beleuchte auch Aspekte, die für die Regierung «nicht bequem» seien. Gemeint ist das gestörte Klima zwischen Gemeinden und Kanton. Notter kündigte an, die Regierung werde «sich durchringen», bei der Aufgabenteilung künftig transparenter zu arbeiten. Seit 2003 muss sie auf Grund einer Initiative alle vier Jahre einen Bericht über die Aufgabenteilung vorlegen. Zudem erwägt Notter, ein Kontaktgremium ins Leben zu rufen, das – wie im Kanton Bern – die Gemeindeverträglichkeit wichtiger Geschäfte prüft.

In einem von Präsident Hans Glarner versandten Communiqué bot der Gemeindepräsidentenverband zwar Hand-

zu einer besseren Zusammenarbeit, liess ansonsten aber keinen guten Faden an der Studie. Sie zielt an den Problemen der Gemeinden vorbei, basiere auf ungeeignetem Zahlenmaterial und beschränke sich auf einen zu kurzen Zeitraum wirtschaftlich günstiger Jahre. Der Verband kündigte eine eigene Studie an. Er hat auch eine Volksinitiative für eine bessere Lastenverteilung eingereicht.

Interpellantin Ruth Hildebrand (Grüne) fand, die Regierung schaue die Problematik aus einer zu engen Optik an, während Thomas Vogel (FDP) einräumte, auch die Gemeinden müssten womöglich über die Bücher. Oft würden sie und ihre Parlamente neue Ausgaben leichtfertig beschliessen. (klr)